

Auswertung des Wahlprogramms der CDU zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 06.09.26

„Sachsen-Anhalt stärker machen. Nur mit uns.“

1. Bildungspolitische Vorhaben

• **Aussagen zu Schulen in freier Trägerschaft:**

„Verlässlicher Partner für unsere Schulen in freier Trägerschaft bleiben:
Freie Schulen sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer vielfältigen Bildungslandschaft. Sie ergänzen das staatliche Schulwesen sinnvoll und eröffnen zusätzliche pädagogische Profile sowie innovative Lernkonzepte. Als CDU bekennen wir uns zur Bedeutung von Schulen in freier Trägerschaft in der Kinder- und Jugendbildung ebenso wie in der Erwachsenenbildung.“

• **Konkrete Vorhaben („Das klügste Bildungssystem in Deutschland“):**

- gewollt ist Bildungssystem, das fördert und fordert, das Leistung anerkennt und echte Aufstiegschancen eröffnet; zur Umsetzung gehören die Vermittlung von fachlichen und sozialen Kompetenzen ebenso wie die Wertevermittlung und Persönlichkeitsbildung; kein junger Mensch soll das Bildungssystem ohne einen anerkannten Schulabschluss verlassen
- Angestrebt wird:
 - praxisnahe und moderne Bildung durch zeitgemäße Stundenpläne, das 4 + 1-Modell an den **neuen Oberschulen** und Gesamtschulen (Praxislernetag und digitaler Lerntag), Stärkung von Berufsorientierung, Finanz- und Wirtschaftsbildung, Digitalisierung, Medienkompetenz, KI-Training und alltagsrelevanten Schlüsselkompetenzen
 - ein zukunftsfähiges Schulnetz – Gewährleistung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum
 - zeitgemäße Lehramtsausbildung durch ein duales Lehramtsstudium
 - verbindliche Sprachstandserhebungen, gezielte Förderung vor der Einschulung + enge Kooperation von Grundschule und Hort
 - ganzheitliche Zuständigkeiten von der frühkindlichen Bildung, über Schule, Ausbildung und Studium bis zur Wissenschaft sichern klare Verantwortung + bessere Abstimmung

- ein Festhalten am gegliedertem Schulsystem: es soll keine Einheitsschule geben, aber Gleichwertigkeit von Gymnasien und Oberschulen
- die Schulpflicht soll konsequent durchgesetzt werden; jedes Kind soll Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und staatlich anerkannten Bildung erhalten unabhängig von seiner sozialen Herkunft
- Handlungsspielräume der (staatlichen?) Schulen sollen vergrößert werden durch flexible Schulbudgets und durch die Möglichkeit, befristet Vertretungspersonal und Unterstützungskräfte einzustellen; Unterstützungssysteme für Unterricht und Verwaltung sollen weiter ausgebaut werden
- ein neuer Schulentwicklungsansatz soll innovative Modelle wie **Schulverbünde und Campusschulen** fördern (Sicherung wohnortnaher Bildungsangebote) sowie Schulstrukturen im ländlichen Raum erhalten; außerdem sollen Nachmittagsangebote an Schulen und Horten gestärkt und ausgebaut werden (z.B. Angebote der musisch-kreativen Bildung, Bewegungsförderung sowie ergänzende Lern- und Unterstützungsangebote)
- Vorsehen einer **verbindlichen Sprachstandserhebung und Förderung im Vorschuljahr**, um individuelle Schulfähigkeit zu erreichen
- **Bildung soll ganzheitlich gedacht und Zuständigkeiten von frühkindlicher Bildung, über Schule, Ausbildung und Studium bis zur Wissenschaft in einem Ministerium zusammengeführt werden**
- in der Grundschule soll der Unterricht in Mathematik und Deutsch ausgebaut werden; Kita, Grundschule und Hort kooperieren im Sinne einer umfassenden Bildung der Kinder miteinander; auch sollen in der Grundschule Elemente des Werkens und der Schulgartenarbeit gestärkt werden
- der Fokus bei der Neugestaltung von Lehrplänen soll auf der stärkeren Ausrichtung auf Berufs- und Lebenswirklichkeit vor allem in den Bereichen Finanzbildung, Politik, Wirtschaft, Berufsorientierung, Digitalisierung, Technikverständnis und Alltagskompetenzen liegen
- das **4 + 1-Modell** soll **flächendeckend in den Klassenstufen 7 bis 9** an den neuen Oberschulen (= bisherige Sekundarschulen + Gemeinschaftsschulen) und Gesamtschulen sowie geeigneten Förderschulen eingeführt werden – an diesem Tag sollen die Schüler die Praxis in der Wirtschaft kennenlernen oder vorbereitete Lernaufgaben **unter Nutzung eines landeseinheitlichen digitalen Lernsystems** bearbeiten
- Medienkompetenzen der Schüler sollen über die „Lernwelt Sachsen-Anhalt“ und praxisnahe Unterrichtseinheiten entwickelt und gestärkt werden; **Digitalassistenten an den Schulen** sollen bei der Entwicklung und Durchführung digitalgestützten Unterrichts noch weiter wirksam werden; die Vermittlung von Medienkompetenz soll verpflichtend in der Lehrkräfteausbildung und -fortbildung verankert werden; die Schulen **müssen** in ihrer Schulordnung festlegen, inwieweit die Nutzung elektronischer Endgeräte für Schüler ermöglicht wird; **die KI soll als Werkzeug für kreatives und effektives Lernen integriert werden**

- **bisherige Schulformen Sekundar- und Gemeinschaftsschule sollen zur neuen Schulform „Oberschule“ zusammengeführt werden** – hier sollen inhaltliche und organisatorische Differenzierungen möglich sein; Berufsorientierung soll systematisch stärker an der beruflichen Wirklichkeit ausgerichtet werden; in der neuen Oberstufe sollen inhaltliche + organisatorische Differenzierungen ermöglicht werden
- Schulen in sozial herausfordernden Lagen („Brennpunktschulen“) sollen mit zusätzlichem Personal, besserer Ausstattung und erweiterten Förderangeboten unterstützt werden
- Programme „Produktives Lernen“ und „Schulerfolg sichern“ sollen flächendeckend ausgebaut werden
- **Förderschulen** sollen erhalten bleiben; bei festgestelltem Förderbedarf kann Schuleintritt auch schon in Klasse 1 der Förderschule „Lernen“ erfolgen; in der Klasse 10 der Förderschule „Lernen“ kann der Hauptschulabschluss erworben werden; es sollen aber auch gute Rahmenbedingungen für **inklusive Bildung** geschaffen werden, so dass hier **Wahlfreiheit** herrscht
- Schulsozialarbeit soll möglichst erhalten + regelmäßig evaluiert werden; die schulpsychologische Versorgung der Schulen soll gesichert werden
- Praxisorientierende Lernformen + Berufsorientierungsmaßnahmen sind zentrale schulpolitische Bestandteile; alle Oberschulen sollen ein **zertifiziertes Berufsorientierungsprogramm** und einen wöchentlichen Praxislernetag verfolgen; mit effektivem Monitoring sollen Übergänge in die Ausbildung verbessert und Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Kammern gefördert werden; Wirtschaft soll an den Gymnasien ein Pflichtfach sein
- Berufsbildende Schulen sollen in ihrer Struktur erhalten bleiben
- bewährtes System aus Noten, Beurteilungen, Versetzungen und Abschlussprüfungen soll beibehalten werden; Prüfungen sollen zentral erfolgen; **die interne + externe Evaluation sowie die datengestützte Schulentwicklung sollen gestärkt werden**
- zur Stärkung der **Unterrichtsversorgung im ländlichen Raum sollen Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst eine ergänzende Zulage zu ihren Anwärterbezügen erhalten**, wenn sie ihre Ausbildung außerhalb der Oberzentren absolvieren und sich dort anschließend zu einer Lehrtätigkeit verpflichten; das „Weltenretter-Stipendium“ soll fortgesetzt werden; für Seiteneinsteiger soll es klare und adressatenorientierte Aus- und Fortbildungswege geben
- geprüft wird die Einrichtung einer Grundschullehramtsausbildung in Magdeburg; **Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sollen sich stärker am tatsächlichen Studiererfolg orientieren** und stärker bedarfsorientiert ausgerichtet werden; der Modellstudiengang „Duales Studium für das Lehramt an Sekundarschulen“ soll verstetigt und nach Möglichkeit zum Standard ausgebaut werden → geprüft wird Ausweitung auch für Lehramt an Grund- und Förderschulen

- das Referendariat soll reformiert werden durch mehr angeleitete Praxis, eigenverantwortlichen Unterricht und gezieltes Feedback
- die politische Bildung soll gestärkt und neu ausgerichtet werden durch sachliche Informationen statt Belehrung; Stärkung der Vermittlung von grundlegendem Wissen über Staat, Gesellschaft und politische Prozesse

2. Arbeitsförderung, Integration und Bürokratieabbau

- **die Bürgerarbeit soll neu gedacht werden:** die Teilnahme an Landesprogrammen zur Arbeitsmarktförderung soll für arbeitsfähige Leistungsbezieher nicht länger vom Prinzip der Freiwilligkeit abhängig sein
- gemeinsam mit den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit soll ein Programm aufgelegt werden, das allen arbeitsfähigen Leistungsempfängern ein verbindliches Angebot zur Arbeitsaufnahme macht
- für Alleinerziehende sollen Beratungs-, Unterstützungs- und Vernetzungsangebote gezielt ausgebaut werden, der Zugang zum Arbeitsmarkt hat dabei eine besondere Priorität
- mit einem **neuen Masterplan für Jugendbildungsstätten** und der Weiterentwicklung der Jugendpauschale soll Planungssicherheit geschaffen werden
- für Menschen mit Behinderung soll echte Teilhabe ermöglicht werden – individuelle Förderung durch Inklusion und Barrierefreiheit; Werkstätten und Inklusionsbetriebe sollen gestärkt werden
- die duale Ausbildung soll gestärkt, Ausbildungszentren und berufsbildende Schulen gezielt gefördert werden; **berufliche Weiterbildung + sozialer Arbeitsmarkt sind zentrale Bausteine für Integration und Beschäftigung**
- Migration soll geordnet, begrenzt, gesteuert und zurückgeführt werden – Schutz für Berechtigte + **Integration mit Verlässlichkeit**; irreguläre Migration soll auf null zurückgeführt werden
- die Erstaufnahmestandorte in Bernburg, Blankenburg, Merseburg, Oberharz und Magdeburg wurden bereits geschlossen, die Bezahlkarte für Flüchtlinge eingeführt
- Ausländerinnen + Ausländer, die sich integrieren, arbeiten, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und unsere Werte teilen, sind willkommen – ohne sie würden viele Krankenhäuser, Handwerksbetriebe, Gastronomie usw. nicht funktionieren
- berufliche Bildung und das Handwerk sollen gezielt aufgewertet werden (Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung); Quereinstiege sowie das berufliche Auf- und Umsteigen soll erleichtert werden; **durch die Förderung von Meisterabschlüssen und innovativen Programmen zur Fachkräftegewinnung sollen Ausbildung, Qualifizierung und Selbstän-**

digkeit gestärkt werden; ergänzend sollen auch neue Wege bei der internationalen Fachkräftegewinnung gegangen werden

- der „High-Tech-Park“ Sachsen-Anhalt soll zu einem ostdeutschen Leuchtturm gemacht werden (gezielte Ansiedlung von Hochtechnologie-Unternehmen), auch soll die chemische Industrie noch verstärkter angesiedelt werden
- kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der Bewältigung des technologischen Wandels und der fortschreitenden Digitalisierung unterstützt werden
- die Bürokratie soll weiter abgebaut und Vergaben sollen erleichtert werden (vereinfachte, beschleunigte und digitalisierte Vergabeverfahren)

3. Ausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen

- Gewinnung und Bindung von Fachkräften aller Gesundheitsberufe ist entscheidend
- über das 4 + 1 Modell im schulischen Bereich soll auch die Berufsorientierung und der Praxisbezug im Bereich der Pflege ausgebaut werden
- Pflegefachkräfte sollen mehr Kompetenzen und Verantwortung erhalten
- medizinische Versorgung soll durch Telemedizin, digitale Pflegeanwendungen und vernetzte Dokumentationssysteme transparenter und effizienter gemacht werden